

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 45 (1966)
Heft: 12

Rubrik: Profile der Weltpolitik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 01.05.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Profile der Weltpolitik

Wenn man am Jahresende einen Überblick zu gewinnen versucht über die politischen Ereignisse 1966, so wird man unschwer feststellen, daß auch diesmal der Vietnamkrieg im Mittelpunkt stand. Das Jahr 1966 fing mit der großen amerikanischen Friedensinitiative an, die sich aber als nichts anderes denn als großer Propagandafeldzug erwies. Die kriegerische Eskalation ging weiter, obwohl es nicht an Vermittlungsversuchen fehlte, die sämtlich scheiterten. Es gelang keinem der Staatsmänner, die sich einsetzten, die feindlichen Partner an den Verhandlungstisch zu bringen oder die Genfer Indochina-Konferenz wieder zu beleben, wie es zuletzt der britische Außenminister George Brown in Moskau versuchte. Gleichzeitig mit der Verlängerung des Vietnamkrieges war in den USA ein ständiger Popularitätsschwund von Präsident Lyndon Johnson festzustellen, der sich in Verlusten der Demokratischen Partei in den Novemberwahlen augenfällig manifestierte.

Aber nicht nur Vietnam stand im Mittelpunkt des Interesses, der ganze asiatische Raum war auch 1966 wieder Schauplatz zahlreicher wichtiger politischer Ereignisse, deren Auswirkungen noch nicht voll erkannt werden können; das Jahresende ist ja kein natürlicher Einschnitt, die Entwicklung verläuft über größere Zeitabschnitte und weiträumig.

Einige weltpolitische Ereignisse des Jahres 1966 seien stichwortartig in Erinnerung gerufen, sie einzuordnen nach ihrer geschichtlichen Bedeutung ist noch zu früh, der Abstand oft noch zu gering: der indisch-pakistanische Waffenstillstand, Shastris Tod und die Übernahme der Regierungsverantwortung durch Indira Ghandi in Indien, die Entmachtung Sukarnos und der Kommunistischen Partei in Indonesien, die Erfolge der Russen und Amerikaner im Weltraum, die chinesischen Atomwaffenversuche und das Wüten der Roten Garde, die Ermordung Verwoerds in Südafrika, die Rassenunruhen in den USA, Umstürze in Afrika, Frankreichs Auszug aus der NATO und die Verlegung des Hauptquartiers, der Laboursieg in England und die Hinwendung Wilsons zu Europa, die politische Krise in der Bundesrepublik Deutschland und das Eintreten der Sozialdemokraten in die Regierung Kiesinger. Auf einige Punkte sei noch im einzelnen kommentierend eingetreten.

China und die UNO

Regelmäßig jedes Jahr hat sich die UNO-Generalversammlung mit dem Aufnahmegehesuch Rotchinas in die UNO zu befassen. Regelmäßig auch widersetzten sich die USA der Aufnahme. Anfänglich wurde China mit großen Mehrheiten abgewiesen. Als die afrikanischen Staaten der UNO bei-

traten, änderte sich das Bild. Doch die USA fanden einen Ausweg. Während normalerweise die Aufnahme eines neuen Mitgliedes mit einer einfachen Mehrheit erfolgt, verlangten sie für Rotchina eine Dreiviertelsmehrheit. Denn die UNO-Charta schreibt vor, daß wichtige Beschlüsse mit Dreiviertelsmehrheit gefaßt werden. Die USA machten die China-Frage in dem Augenblick zu einer «wichtigen Angelegenheit», als China daran war, eine einfache Mehrheit zu erreichen. Letztes Jahr zum Beispiel ergab sich erstmals ein Unentschieden: 47:47. Dieses Jahr fiel das Resultat wieder schlechter aus, weil sich China wieder neue Feinde geschaffen hat.

Zu den hartnäckigsten Gegnern einer Aufnahme Rotchinas gehören Präsident Johnson und Außenminister Rusk, während der UNO-Chefdelegierte Arthur Goldberg eine Aufnahme befürwortete, doch erhält er bindende Vorschriften des Präsidenten. Johnson hält noch immer an der Version fest, Formosa mit Marschall Tschiang Kai-schek sei der legale Vertreter Chinas. Und so nimmt denn auch Formosa noch immer den permanenten Sitz im Sicherheitsrat ein, verbunden mit Vetorecht. Formosa mit seinen 36 000 Quadratkilometern Fläche und 10 Millionen Einwohnern hat also in der UNO den Status einer Großmacht! Rotchina dagegen, das ebenso groß ist wie Europa und 700 Millionen Bewohner hat, wird von den USA und ihren Getreuen nicht einmal als Staat anerkannt, obwohl die meisten Länder, auch Großbritannien, Frankreich und die Schweiz, Rotchina als Staat anerkennen und diplomatische Beziehungen unterhalten.

Eine Aufnahme Chinas in die UNO und seine Anerkennung durch die USA würde auch den Weg zu Gesprächen über den Vietnamkrieg öffnen, wie es überhaupt von Vorteil wäre, Rotchina in Neuyork präsent zu haben. China ist heute einer der ersten Unsicherheitsfaktoren in der Weltpolitik; vielleicht könnte der Kontakt mit China zum gegenseitigen Verständnis etwas beitragen und die Spannung und Unruhe etwas lockern, obwohl gerade jetzt durch das Wirken der Roten Garde in China wieder eine Radikalisierung eingetreten ist.

China befindet sich im Zustand der «permanenten Revolution», und die Roten Garden, die offensichtlich in der Hand des radikalen Lin Piao sind, erklären: «Wir wollen nicht nur die Reaktionäre in unserem Land vernichten, sondern die Reaktionäre in der ganzen Welt. Wir werden ihnen die Hundeschädel zerschlagen.» Diese Drohung tönt nicht gerade einladend; doch haben die Roten Garden ihr Ziel noch nicht erreicht, obwohl sie die Unterstützung der Armee besitzen, das Ziel, das riesige Land zu radikalisieren und in Marsch zu setzen. Wenn ihnen das gelingt, dann droht von China Gefahr. Gerade darum muß die Entwicklung in China genau im Auge behalten werden, ein Beiseitestellen des größten Volkes der Erde bevorteilt die radikalen Kräfte.

Militärs regieren in Schwarz-Afrika

Der Umsturz in Burundi, wo der Oberbefehlshaber der Armee den jungen König absetzte und selber die Macht übernahm, ist ein neues Beispiel dafür, daß in den selbständigen schwarzen Staaten die Militärs die Macht übernehmen. Der mißlungene Staatsstreich von Togo, wo sich Präsident Grunitzky halten konnte, zeigt ebenfalls diese Tendenz, denn Grunitzky konnte auf die Loyalität seiner Miniatur-Armee zählen. In nicht weniger als sechs weiteren Staaten setzten sich die Armeeführer in den letzten Monaten an die Spitze des Landes: Mobutu im Kongo, Soglo in Dahomey, Bokassa in in der Zentralafrikanischen Republik, Lamizana in Obervolta, Ironsi und dann Gowon in Nigeria und Ankrah in Ghana. Diese Umstürze zeigen, daß die jungen afrikanischen Staaten noch lange nicht zur Ruhe gekommen sind und eine kontinuierliche Entwicklung in nächster Zeit undenkbar ist. Der Sprung vom Kolonialismus zum selbständigen Staat ist vielenorts zu groß, zu plötzlich gekommen, als daß die Bewohner in kürzester Zeit vom Stammes- zum Staatsdenken hätten gebracht werden können. Wie soll jemand an die Demokratie glauben, an Wahlzettel und Parlamente, wenn er noch Respekt vor dem Mediziner hat! Daß die Politiker in vielen Staaten gescheitert sind, liegt wohl einerseits daran, daß sie vielenorts vor unlösbaren Aufgaben standen, obwohl sie den guten Willen hatten, ihr Land vom Urwald ins technisierte 20. Jahrhundert zu führen. Es fehlte ihnen der Rückhalt, und oft gingen sie mit zu viel Ideologie und Theorie im Kopf vor. Wo sie versuchten, demokratisch zu regieren, fehlte das Verständnis der an Häuptlinge und Mediziner gewohnten Staatsbürger, die mit Parteien nichts anzufangen wissen, sondern in Stämmen denken. Wo ein Politiker sich zum «Gott» aufspielte, wie Nkrumah in Ghana und mit Gewalt voring, brachte er die Stämme gegeneinander auf.

Es kommt nicht von ungefähr, daß afrikanische Militärs verschiedentlich die Macht an sich reißen konnten. Es sind zumeist Offiziere, wie Ghana-General Ankrah, die britische oder französische Militärschulen absolviert haben. Sie brachten es zuwege, kleine Armeen aufzubauen, die eine Einheit bilden, Einheiten, in denen Stammesdenken überwunden werden konnte. So können sie mit Gewalt und Säbelrasseln die Ordnung im Lande aufrechterhalten. Wo sie diese Ordnung um des Aufbaus willen unterhalten, kann eine Militärdiktatur vorübergehend akzeptiert werden; aber meist verstehen diese Generäle von dem nichts, was den afrikanischen Ländern am meisten not tut, von der Wirtschaft.

Am besten vollzog sich der Übergang vom Kolonialismus zum selbständigen freien Staat dort, wo nicht eine plötzlich unvorbereitete Ablösung erfolgte, sondern der ehemalige Kolonialstaat mit dem ehemaligen Mutterland nach wie vor eng zusammenarbeitet, dort, wo der weiße Mann mithilft

und sich gleichzeitig mehr und mehr entbehrlich macht. Das beste Beispiel dafür ist die Elfenbeinküste, wo Felix Houphuet-Boigny, ein ehemaliger französischer Minister, sein Land in enger Zusammenarbeit mit den Franzosen zum reichsten Schwarz-Afrikas machte. Gegenbeispiele sind der Kongo, Nigeria und Ghana, wo das Chaos droht. Diese Länder waren entweder von den Weißen unvorbereitet verlassen worden oder verzichteten aus afrikanischem Nationalstolz auf die Hilfe des weißen Mannes.

Es ist verständlich, daß der Schwarze, der jahrzehntlang ausgebeutet wurde, einen gewissen Stolz empfindet und nicht mehr abhängig sein will. Der Ruf «Uhuru» (Freiheit), der durch die Urwälder dröhnte, wurde zu einem Zauberwort, und der aufkommende Nationalstolz des Schwarzen zeigt sich auch in einem Gedicht von Léon Dalmas: «Der Weiße wird niemals Schwarzer sein, denn Schönheit ist schwarz, und schwarz ist die Weisheit, denn Ausdauer ist schwarz, und schwarz ist der Mut, denn Geduld ist schwarz.» Extrem zeigt sich der schwarze Nationalismus im Buch «Die Verdammten dieser Erde» von Frantz Fanon, indem er den Schwarzen zum Kampf gegen Europa aufruft. Es gehe nicht darum, Europa einzuholen und «nachzuäffen». «Für Europa, für uns selbst und für die Menschheit, müssen wir eine neue Haut schaffen, ein neues Denken entwickeln, einen neuen Menschen auf die Beine stellen.»

So verständlich diese Ausbrüche sind, sie helfen die Probleme nicht lösen. Afrika ist nach wie vor ein brodelnder Hexenkessel. Wahre Stabilität wird es noch lange nicht geben.

In den letzten Monaten des Jahres 1966 war es besonders spannend, *die Entwicklung in Deutschland*

zu verfolgen. Die Ära Ludwig Erhard ging zu Ende, mit ihm eine Politik die mehr und mehr nur noch Kopfschütteln erregen konnte, weil sie an den Realitäten vorbeiging, besonders auf dem Gebiet der Außenpolitik. Gleichzeitig mit der Krise in Bonn gewann die neonazistische rechtsextremistische Nationaldemokratische Partei Deutschlands in allen Landesteilwahlen beträchtlich an Boden, was peinliches Aufsehen erregte. Ein Chor internationaler Pressestimmen im Anschluß an die Wahlen in Hessen zeigt dies eindrücklich:

«Daily Mail» (London): «Aus der Wahl gingen die Neonazis als eigentliche Gewinner hervor. Jetzt haben sie ihren Fuß fest in der Tür zur deutschen Politik.»

«Le Monde» (Paris): «Die Wahlen in Hessen waren eine schlimme Überraschung für die Bonner Parteien. Alle oder fast alle sind enttäuscht – außer den Neonazis, die aus diesen Wahlen als die großen Sieger hervorgehen . . . Ein Hauch der Panik strich über die alten Bonner Parteien, deren

Führer sich gegenseitig die Verantwortung für das zuschieben, was Erich Mende als den ‚Ansatz eines deutschen Poujadismus‘ zu verniedlichen versuchte.»

«Il Tempo» (Rom): «Diejenigen Beobachter, die ein Wiedererstehen des Rechtsradikalismus in Deutschland vorhergesehen hatten, als Reaktion der Angst und der Enttäuschung gegenüber dem vom ‚Entspannungsdialog‘ zwischen Washington und Moskau über die zukünftige Ordnung in Mitteleuropa angenommenen Tempo, haben sich also nicht getäuscht.»

«NZZ»: «Für die Krise ist das hessische Resultat die unmißverständliche Quittung. Sie zeigt auch jenen, die die Bonner Vorgänger als Routine demokratischen Kräftespiels bisher verharmlost haben, was letztlich in Frage stehen könnte: nicht die parlamentarische Mehrheit dieser oder jener Kombination unter diesem oder jenem Regierungschef, sondern eine regierungsfähige demokratische Mehrheit überhaupt, nicht das Vertrauen zu einer Partei, sondern zu den demokratischen Parteien überhaupt. Die Spuren schrecken . . .»

«Tages-Anzeiger» (Zürich): «Die Stimmengewinne der NPD in Hessen sind nicht als bloße Randerscheinung zu bagatellisieren, sondern machen die im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien mit Nachdruck darauf aufmerksam, daß infolge der chronischen und akuten Krisenerscheinungen in Bonn da und dort Anzeichen einer Staatsverdrossenheit und eines grundsätzlichen Antiparlamentarismus auftreten.»

Das Seilziehen um die Regierungsbildung endigte mit einer Überraschung. Im Dreiecksspiel der drei großen Parteien CDU/CSU, SPD und FDP zeigte sich sehr bald, daß die alte Koalition zwischen den Christlichen Demokraten und den Freien Demokraten nicht mehr erneuert würde. So war es klar, daß die Sozialdemokraten erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Regierungsverantwortung zu übernehmen hatten. Man rechnete mit einer Koalition der SPD mit Mendes FPD unter Willy Brandt als Kanzler. Diese Koalition hätte eine schwache Mehrheit gehabt, doch kam sie nicht zustande. Die neue Bundesregierung ist eine Große Koalition zwischen den Sozialdemokraten und der CDU/CSU mit Kurt Georg Kiesinger als Bundeskanzler, einem Mann, der sein angebräuntes nazistisches Hemd nicht ganz rein waschen konnte. In der Regierung sitzt auch als Finanzminister Franz Josef Strauß, der noch vor nicht allzu langer Zeit von der SPD als untragbar bezeichnet wurde. Ob das der Wähler verstehen wird?

Die Sozialdemokraten werden in der neuen Regierung hauptsächlich auf die Außenpolitik ihren bestimmenden Einfluß ausüben; mit Willy Brandt als Vizekanzler und Außenminister und Herbert Wehner als Gesamtdeutscher Minister sind die Voraussetzungen dazu gegeben. Im Zuge der Regierungs-

bildung konnte auch Verteidigungsminister von Hassel kurzerhand abgelöst und durch den bisherigen Außenminister Schröder ersetzt werden.

Die neue Regierung ist von einer breiten parlamentarischen Mehrheit getragen; die FDP, die bisher immer das Zünglein an der Waage bildete und einen ihrer Parteigröße nicht angemessenen Einfluß ausübte, ist in die Opposition verbannt. Es steht sogar zu erwarten, daß die neue Regierung eine Wahlreform in die Wege leitet, um mittels des Majorzsystems die FDP und gleichzeitig die aufkommende NPD ganz auszuschalten. Damit wäre ein Zweiparteiensystem erreicht. Ob es von gutem ist, das ist eine erste Frage, und ob der Demokratie zuträglich, eine zweite.

Jedenfalls geht die Bundesrepublik nach der unruhigen Ära Erhard stabileren Zeiten entgegen, und das ist zu begrüßen.

Literatur

Schweiz und Nationalsozialismus

Neue Veröffentlichungen deutscher diplomatischer Dokumente

Ein neuer, von einer englischen Historikerguppe herausgegebener Band deutscher diplomatischer Dokumente* enthält wieder vieles auf die Schweiz und ihr Verhalten zum Nationalsozialismus Bezug Habendes. Der Band umspannt die Zeit vom 5. März bis 31. Oktober 1936. Er setzt mit Hitlers «Wochenendüberraschung» der Besetzung des bis dahin entmilitarisierten Rheinlandes sowie mit Hitlers Zerreißung des *Locarno-Paktes* ein. Hier handelt es sich nicht mehr um die «Befreiung von den Fesseln des Friedensvertrages», denn das Vertragswerk von Locarno war 1925 von Deutschland aus freien Stücken unterfertigt worden. Es garantierte die Unverletzlichkeit der deutschen Westgrenze und brachte dafür die Aufnahme eines gleichberechtigten Deutschland in den Völkerbund. Es war ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Beherrschung Europas und damit auch der Schweiz, daß Hitler den Locarno-Pakt willkürlich und selbstherrlich zerriß. Er hatte richtig spekuliert: Frankreich und England reagierten schwächlich und ließen sich von Hitler wieder einseifen. Die Schweiz war durch diesen Gewaltstreich nicht unmittelbar betroffen, und es hätte keinen Sinn gehabt, laut zu protestieren, um so mehr als die direkt interessierten Westmächte es an der notwendigen Entschiedenheit der Sprache fehlen ließen. Trotzdem hat jede Untergrabung der internationalen Moral durch Hitler die Stellung der Schweiz erschwert und prekärer gestaltet, und unter diesen Umständen war

* *Documents on German Foreign Policy 1918—1945*, Serie C, Vol. V., The Third Reich: First Phase, London 1966, 77 Shilling und 6 Pence.